Ä3 Die Bundesautobahn 49 ist ein antiquiertes Projekt aus dem Betonzeitalter – wir brauchen endlich eine in die Zukunft gerichtete, klimafreundliche Verkehrspolitik auch auf Bundesebene

AntragstellerIn: Bernadette Eisenbart (KV Vogelsberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 12 einfügen:
Die Landesmitgliederversammlung der hessischen GRÜNEN bekräftigt den Antrag unserer Bundestagsfraktion: Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, einen sofortigen Stopp der für den Weiterbau der A49 stattfindenden Rodungsarbeiten zu veranlassen. Mit dem Aussetzen der Rodungen soll ein Zeitfenster geschaffen werden, in dem einerseits mögliche Änderungen im Trassenverlauf und in der Ausgestaltung der A49 geprüft werden können und in dem andererseits dringend notwendige vermittelnde Gespräche mit den von der Autobahn betroffenen Anwohner*innen stattfinden können.

Begründung

Es gibt einige Alternativvorschläge für den Verlauf der A 49, deren Umsetzung (oder Teilumsetzung) zu einer geringeren Belastung der Anwohner und zu einer geringeren Schädigung der Waldgebiete zwischen Neustadt und Homberg/Ohm führen würde. Wir bitten die Bundesregierung, diese Alternativen zu prüfen und zu bewerten. Ein sofortiger Rodungsstopp ist erforderlich, da bei der (auch nur teilweisen) Umsetzung der Vorschläge ein Großteil der Rodungen für den Weiterbau gar nicht erforderlich wäre. Es würde umsonst Jahrhunderte alter schützenswerter Baumbestand vernichtet.

Die Bewohner der Orte, die an der geplanten Autobahntrasse liegen, sind empört und aufgebracht über die Zerstörung ihrer Heimat. Erst jetzt wird vielen von ihnen klar, was da gerade vor ihrer Haustür geschieht und welche Folgen es für ihr Leben haben wird. Es gibt in den Ortschaften jedoch auch Befürworter der A 49, die mit den Gegnern mittlerweile zerstritten sind. Langjährige Freundschaften sind darüber in die Brüche gegangen, die Situation in den Dörfern eskaliert. Es bahnt sich eine tiefe Spaltung an, die auf absehbare Zeit nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Es herrscht eine aufgeheizte aggressive Stimmung, die den Frieden vor Ort gefährdet. Ein Aussetzen der Rodungsarbeiten würde die Situation sicherlich erst einmal entspannen.

Politik muss sich an geltendes Recht, an Beschlüsse und Verträge halten. Wenn sich jedoch die Rahmenbedingungen stark verändern, muss Politik auch in der Lage sein, angemessen zu reagieren und Beschlüsse zu hinterfragen. Im Fall des Weiterbaus der A49 durch einen wertvollen Wald haben sich die Rahmenbedingungen dramatisch verändert: seit etwa zwei Jahren wissen wir, dass der gesamte Waldbestand in Gefahr ist. Große Teile der Wälder haben die Trockenheit nicht überlebt, Neuanpflanzungen von Wald gelingen oft nicht. Das bedeutet, wir müssen alles tun, um den Wald, der noch existiert und gesund ist, zu erhalten. Verantwortungsvolle Politik darf Rodungen in einem solchen Ausmaß, wie sie für die A49 erforderlich sind, nicht mehr zulassen.

Unterstützer*innen

Robert Rißе (Vogelsberg)